

NRW / Städte / Xanten

Kommentar zum Salzbergbau

Berechtigte Fragen zum Salzbergbau

10. Januar 2020 um 18:59 Uhr | Lesedauer: 2 Minuten



Salz-Abbau in Rheinberg-Borth. Foto: Sebastian Peters

Meinung Der Info-Abend zum geplanten Salz-Bergbau zeigte, wie groß die Sorgen der Anwohner sind. Die Bürgerinitiative sollte sich aber nicht allein darum kümmern müssen.

Von **Markus Werning**

Verantwortlicher Redakteur Xanten/Rheinberg.

Es werden noch viele Jahre vergehen, bevor das Bergbauunternehmen K+S in den Gebieten Salz abbauen wird, um die es auf der Info-Veranstaltung in Birten ging. Aber die Menschen in der Region machen sich schon heute Sorgen. Weil es um ihr Eigentum geht, das sie sich aufgebaut haben und das sie irgendwann ihren Kindern vermachen wollen. Und weil sie wissen, dass etwas auf sie zukommen wird, aber sie noch keine näheren Informationen darüber haben, wann es soweit ist, welche Folgen es haben wird und wie sie ihre Ansprüche anmelden können.

Deshalb ist es gut, dass die Bürgerinitiative der Salzbergbaugeschädigten NRW das Thema schon jetzt aufgreift und die Menschen vor Ort informiert. Und es ist gut, wie sie es macht: sachlich, ruhig, transparent. Dabei ist sie in erster Linie gar nicht dafür zuständig, die Anwohner aufzuklären. Aber im Moment ist sie die einzige, die sich der Sorgen der Menschen annimmt. Dafür kann man nur dankbar sein, zumal die Mitglieder diese Arbeit ehrenamtlich übernommen haben. Aber sie können es nicht allein machen. Die Politik und die Behörden sollten sich stärker des Themas annehmen, dafür gibt es sie. Und es ist die Aufgabe des Unternehmens, über den Abbau und seine Folgen zu informieren. Vertreter von K+S sollten sich deshalb den Anwohnern stellen und ihre Fragen beantworten. Der Konzern würde damit auch deutlich machen, dass er die Sorgen und Ängste der Menschen ernst nimmt – selbst wenn er sie für unberechtigt halten sollte.

Zumal die Anwohner berechnigte Fragen haben. Zum Beispiel: Wer überprüft, wer den Schaden verursacht hat, wenn sich ein Riss durchs Mauerwerk zieht? Warum gibt es keine Schlichtungsstelle? Wann werden die Menschen vor Ort gehört, wenn über die Genehmigung des Salz-Abbaus entschieden wird? Antworten auf solche Fragen haben die Menschen in Birten – soweit es möglich war – von der Bürgerinitiative bekommen, und es waren zum Teil beunruhigende Antworten, wenn Betroffene von ihren Erfahrungen mit dem Unternehmen berichteten. Dazu wären Erklärungen von K+S interessant gewesen. Vielleicht kommt so etwas noch.
